



## Berufliche Bildung hat sehr hohe Priorität

Am Mittwoch hat Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung, dem Kabinett den Berufsbildungsbericht 2018 vorgelegt.

Die CDU/CSU-Fraktion und Bundesministerin Karliczek haben die berufliche Bildung zur-Priorität im Koalitionsvertrag und in der aktuellen Politik gemacht. Denn nur die berufliche Bildung sichert den Fachkräftenachwuchs und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Der Berufsbildungsbericht 2018 belegt erneut, wie robust und positiv sich der Ausbildungsmarkt entwickelt. Wer einen Ausbildungsplatz sucht, hat rechnerisch eine so große Auswahl wie selten zuvor. Doch nicht alles läuft rund. Es sind erneut mehr Ausbildungssuchende unvermittelt und mehr offene Stellen unbesetzt. Die Quote der ausbildenden Unternehmen sinkt. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag einen Berufsbildungspakt mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen für die Stärkung der beruflichen Bildung verankert. Wir werden bis 2021 Milliardensummen in die Zukunft junger Menschen investieren.

Bei der Frage ‚Studium oder Ausbildung?‘ entscheiden sich viele junge Menschen für ein Studium. Dabei bietet eine Ausbildung oft bessere Perspektiven für sie. Wir werden die berufliche Aufstiegsfortbildung im Sinne einer ‚höheren Berufsbildung‘ ausbauen und die Attraktivität von Berufslaufbahnen mit einem Innovationswettbewerb in der beruflichen Bildung erhöhen. Geplant sind zudem gezielte Mobilitätshilfen und ein Ausbau der Berufsorientierung. Mit dem Digitalpakt für Schulen und der ‚Initiative Berufsbildung 4.0‘ werden junge Menschen fit für die digitale Arbeitswelt von morgen. Und die Union wird mit der Novelle des Berufsbildungsgesetzes und des Aufstiegs-BAföG moderne Rahmenbedingungen für eine attraktive berufliche Bildung schaffen.

## Grundsteuer aufkommensneutral neugestalten

Das Bundesverfassungsgericht hat in der vergangenen Woche das Urteil zur „Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer“ verkündet. Das Ziel ist eine aufkommensneutrale Reform, die Mehrbelastungen möglichst vermeidet und den Kommunen Rechtssicherheit über ihre Grundsteuereinnahmen gibt. Wohnen – ob im Eigentum oder Miete – muss bezahlbar bleiben.

Das Bundesverfassungsgericht fordert eine Neuregelung bis zum 31. Dezember 2019. Nur dann gewährt es für die geltende Rechtslage eine Übergangsfrist bis längstens Ende 2024. Das ist die Ausgangslage für den Gesetzgeber: Gefordert ist eine schnell umsetzbare Lösung mit geringem Verwaltungsaufwand, die die wichtige Einnahmequelle der Kommunen auf Dauer sicherstellt. Wir brauchen ein Verfahren, das eine schnelle und einfache Berechnung der Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer dauerhaft ermöglicht. Wir werden uns die Entscheidung vor allem im Hinblick darauf genau anschauen, welche Pauschalierungen für die Bemessungsgrundlage möglich sind. Das Gericht lässt wohl auch ein System zu, welches auf eine realitätsgerechte Relation der Grundstückseinheiten untereinander abstellt. Damit wäre ein einfaches, transparentes und schnell umsetzbares Verfahren – wie z. B. ein Flächenmodell – möglich. Das Urteil lässt keine Rückschlüsse auf die zukünftige individuelle Grundsteuerbelastung für jeden einzelnen Bürger zu. Entscheidend wird letztlich nicht die Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage sein, sondern die Höhe der Hebesätze. Diese legt jede Kommune in eigener Verantwortung fest.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



mit 98,6 % hat mich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche zum „Obmann für den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur“ gewählt.

Zuvor hatten mich die Mitglieder der Verkehrs – AG der Unionsfraktion einstimmig für dieses Amt nominiert. Über das große Vertrauen und die Chance, die Verkehrspolitik in Deutschland an vorderster Front weiter aktiv mitgestalten zu können freue ich mich sehr!

In den nächsten Jahren geht es erneut um die Bewältigung eines gewaltigen Aufgabenkatalogs: Unter anderem müssen wir den Breitbandausbau, die weitere Ertüchtigung unserer Straßen, Schienen, und Wasserwege sowie die Bahnhofsanierung noch stärker vorantreiben. Besonders am Herzen liegt mir die Planungsbeschleunigung aller Infrastrukturprojekte. Es kann nicht länger angehen, dass die Mittel zum Bauen da sind, jedoch die Planer für die Umsetzung fehlen und das Geld deshalb nicht abgerufen werden kann. Hierfür müssen wir eine Lösung herbeiführen, denn ohne eine intakte Infrastruktur wandern unsere mittelständischen Unternehmen ab, Arbeitsplätze und Kaufkraft gehen verloren. Das eine zieht das andere nach. Dies gilt es zu verhindern und dafür werde ich mich auch in Zukunft mit voller Kraft, in neuer Verantwortung einsetzen!

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Meinungsaustausch mit Vertretern der Bauindustrie
- Treffen der CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Münsterland
- Gespräch mit Vertretern des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) und Currenta
- Konstituierende Sitzung der Parlamentsgruppe Schienenverkehr
- Plenardebatte zum Thema „Diesel-PKW Nachrüsten“
- Meinungsaustausch mit Vertretern des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
- Diskussion der AG Kommunalpolitik mit dem Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Breitbandausbau
- Austausch der NRW-Landesgruppe mit der Bertelsmann AG

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



## Facebook muss beweisen, dass es den Datenschutz ernst nimmt

Im Zuge des Datenskandals bei Facebook wird der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages in einer Sondersitzung am Freitag, dem 20. April 2018, Joel Kaplan, Vice President for Public Policy Global bei Facebook, befragen. Dazu äußerte sich die rechts- und verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB:

„Facebook wirbt gerne damit, jeder Nutzer könne seine Privatsphäre innerhalb des Netzwerks individuell anpassen. Gleichzeitig konnten Dritte mit eigenen Apps jahrelang gewaltige Datenmassen über die Nutzer ohne deren Wissen und in Übereinstimmung mit Facebook aus dem Netzwerk abziehen. Auch wenn Facebook nun versucht, sich als Opfer einer unerlaubten Datenweitergabe an Cambridge Analytica darzustellen, bleibt weiterhin Fakt, dass die Möglichkeit des Datenzugriffs durch Dritt-Apps jahrelange Praxis des Unternehmens ist. Besonders skandalös ist dabei die Zugriffsmöglichkeit auf Daten von Facebook-Freunden, die zum Teil erschreckende Ausmaße angenommen hat. Dies passt vorne und hinten nicht mit dem Selbstbild zusammen, das Facebook seit Jahren von sich selbst zeichnet. Vieles spricht auch dafür, dass Facebook hier gegen geltendes AGB-Recht verstößt. Ich bin gespannt, ob Facebook sich am Freitag in der Sondersitzung des Rechtsausschusses kooperationsbereit zeigen wird oder ob die entscheidenden Fragen abgeblockt werden.“

Facebook muss gegenüber der Politik und seinen Nutzern beweisen, dass es den Datenschutz ernst nimmt, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb des Netzwerks.“

Foto: Tobias Koch

## „Luftschlag gegen Assad ist gerechtfertigt“

„Die Indizien sind erdrückend, dass der syrische Diktator Assad im Kampf gegen die Opposition chemische Waffen einsetzt,“ erklärt der außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, zum Luftschlag gegen den syrischen Diktator Assad. „Es ist richtig, diesen schweren und fortgesetzten Verstoß gegen die Menschlichkeit und gegen internationales Recht nicht ungesühnt zu lassen. Der vergangenen Montag ausgeführte Militärschlag war offensichtlich gegen die Fähigkeit Assads gerichtet, die völkerrechtswidrigen Chemiewaffen weiter einzusetzen. Er diene somit dem Schutz der Menschen in Syrien. Daher findet er die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,“ so Jürgen Hardt.

„Die CDU/CSU-Fraktion fordert Russland auf, endlich eine vollständige Untersuchung des Giftwaffeneinsatzes durch die Chemiewaffen-Organisation zuzulassen. Dabei muss auch der Täter klar benannt werden. Russland muss außerdem seinen Einfluss auf Assad nutzen, um ihn zur Herausgabe aller seiner Chemiewaffen-Bestände zu zwingen. Denn offensichtlich hat Assad Teile seiner Chemiewaffen bei der früheren Vernichtungsaktion der Vereinten Nationen verborgen.“

Eine dauerhafte Lösung des langen und blutigen Bürgerkriegs in Syrien kann es nur am Verhandlungstisch und unter Beteiligung der Opposition sowie der anderen Staaten der Region geben. Der Genfer Friedensprozess für Syrien hatte unter der gemeinsamen Führung der USA und Russland verheißungsvoll begonnen. Ziel ist ein säkulares, demokratisches Syrien, das im Frieden mit seinen Nachbarn lebt. Die Europäische Union und Deutschland sollten eine neue diplomatische Initiative unternehmen, um den Genfer Friedensprozess fortzuführen. In welcher Weise Assad und sein Regime bei diesen Verhandlungen eine Rolle spielen können, bleibt auszuhandeln. Die CDU/CSU hält es für ausgeschlossen, dass ein Diktator wie Assad, der gegen sein Volk Fassbomben und Chemiewaffen einsetzt, dauerhaft die Herrschaft in einem friedlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Syrien ausüben kann. Das muss auch Russland, das heute noch seine schützende Hand über Assad hält, eingestehen.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 07/2018,  
19. April 2018

**Landesgruppe NRW**  
der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck